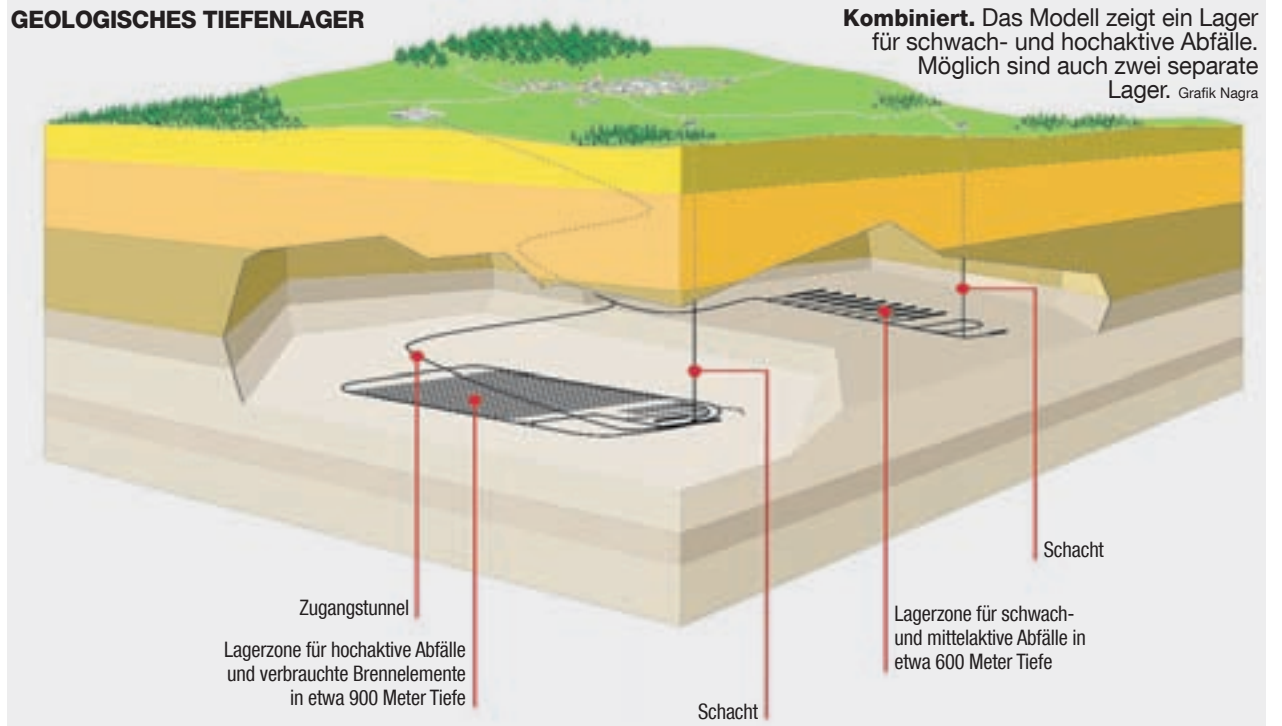


# Ein Steinbruch ist gefährlicher als Endlager

Riniken. Fachleute sind sich einig, dass ein Tiefenlager keinen Kalkabbau verträgt



**Kampf um einen Berg.** Der Bözberg kommt nicht zur Ruhe. Er kommt für Kalkabbau (Bild links), aber auch als Deponie für Atommüll infrage. Quellen: Pro Bözberg/Nagra



FRANZISKA LAUR

**Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) äusserte sich vor Gemeindevertretern zur Sicherheit des potenziellen Endlagerstandorts Bözberg. Vor allem die Nutzungskonflikte zwischen einem Endlager für Atommüll und dem Projekt Kalkabbau am Bözberg gaben zu reden.**

In Scharen trieb es die Behördenmitglieder der Gemeinden rund um den Bözberg am Mittwochabend nach Riniken. Dort standen Fachleute des Ensi zur Tauglichkeit des Bözbergs als Endlager für radioaktive Abfälle Rede und Antwort. Eingeladen hatte die Plattform Bözberg, die für das Partizipationsverfahren zuständig ist. Das Ensi bestätigte am vergangenen Freitag die sechs Standortvorschläge der Nagra, präferierte allerdings den Bözberg, Südanden, Zürcher Weinland und Nördlich Lägern vor dem Jura-Südfuss und Wellenberg (BaZ vom Samstag).

Hans Wanner und Meinert Rahn vom Ensi führten aus, weshalb sich der Bözberg für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen gut eigne. In der Tiefe von mehreren Hundert Metern fänden sich ruhig gelagerte Gesteinsschichten, darunter der für die Einbettung von radioaktiven Abfällen geeignete Opalinuston. Die Fachleute gingen aber auch auf den Nutzungskonflikt ein, der sich beim Bözberg stellt.

Seit Längerem planen die Jura-Cement Fabriken (JCF) dort einen gigantischen Steinbruch. Trotz Widerstand von grossen Teilen der Bevölkerung gegen ein solches Projekt stützt der Kanton das Anliegen der Firma, Probebohrungen zu machen. Dagegen wehrt sich die Organisation Pro Bözberg mit dem Unternehmer Otto H. Suhner an

der Spitze vehement. Der mehrfache Millionär steht dazu, dass er mit einem Endlager besser leben könnte als mit einem Steinbruch.

So hörten die Kalkabbaugegner am Mittwoch gerne, als Meinert Rahn vom Ensi klar formulierte: «Ein Endlager und einen Steinbruch im Bözberg zu bauen, ist nicht möglich.» Der Kalkabbau würde zu einer Verringerung der Überdeckung über dem Opalinuston führen und dies wirke sich ungünstig auf die Stabilität und somit die Sicherheit des Endlagers aus.

Viele Fragen der rund 80 anwesenden Behördenvertreter drehten sich um den Umstand, ob es als Zeichen zugunsten des Endlagers zu werten sei, wenn der Steinbruch zurückgestellt werde und wann dieser Entscheid fallen werde. Monika Jost, Vertreterin des Bundesamts für Energie (BFE), führte aus, dass ein Bundesprojekt vor ein Kantons- beziehungsweise Privatprojekt gestellt würde. Dies würde bedeuten, dass das Steinbruchprojekt gestorben sei, wenn der Bözberg auch Ende 2011 noch als Standort für das Endlager im Rennen sei.

**UNGEKLÄRTE ASPEKTE.** Doch die Fachleute räumten offen ein, dass im Entsorgungsverfahren noch einige sicherheitstechnische Aspekte ungeklärt sind. So weiss man nicht genau, wie man den riesigen Stollen in rund 600 Metern Tiefe überhaupt abstützen soll. Noch nicht gelöst ist auch die Frage, aus welchem Material die Gefässe für die hochtoxischen, stark strahlenden und heissen Abfälle sein sollen.

Man geht von Stahl aus, doch dieses Material könnte im Laufe der nächsten Jahrtausende rosten. Im schlimmsten Fall könnten dadurch Jod- und Kohlen-

stoffpartikel langsam an die Oberfläche dringen. Die hochtoxischen Stoffe wie Plutonium und Cäsium würden dann allerdings vom Opalinuston zurückgehalten.

Noch nicht befriedigend gelöst ist bis anhin auch die Frage, ob sich der Opalinuston durch die Wärmeabgabe des Atommülls nicht zu sehr erwärmt und wie genau er dadurch reagiert. Aus diesem Grund wird auch nach Inbetriebnahme eines Endlagers frischer radioaktiver Abfall für rund 40 Jahre zwischengelagert werden müssen.

**GUTE AKZEPTANZ.** Die Gemeinden um den Bözberg sind bis anhin die ersten und einzigen, die direkt von Ensi und Bund über die sicherheitstechnischen Untersuchungen informiert wurden. Wie Hans Wanner im Gespräch mit der BaZ sagt, seien sie von der Plattform Bözberg eingeladen worden. Er spüre, dass die Akzeptanz der Behörden für ein Endlager in der Region gut sei, sagt er im Gespräch mit der BaZ. Hier seien beispielsweise Abgeltungsfragen schon jetzt Thema. An anderen potenziellen Standorten hingegen, etwa im Niederamt beim Jurasüdfuss, hätten sich Gruppierungen formiert, die gegen ein Endlager kämpfen würden.

Die Bözberg-Gemeinden haben sich früh auf den Standpunkt gestellt, dass sie in das Projekt einbezogen und dafür finanziell entschädigt werden wollen, wenn sie Ja zu einem Endlager sagen. Die Gemeinden rund um den Bözberg leiden unter Finanzschwäche. Die Abgeltungsfrage wird denn auch jeweils explizit in den Referaten der Vertreter des Bundesamts für Energie erwähnt. Ums Geld wird aber erst in der dritten Etappe der Standortauswahl entschieden – also nicht vor 2014.

## kommentar

### Die Zeit verrinnt

FRANZISKA LAUR



Viele Bewohner rund um den Bözberg möchten lieber ein Endlager für radioaktive Abfälle als einen Steinbruch.

Unbestritten ist, dass die radioaktiven Abfälle, die sich heute in einer Halle im Zwischenlager Würenlingen befinden, sicherer versorgt werden müssen. Es wäre gewiss verfehlt, mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, die sich bereit erklären, dieses schwere Erbe zu übernehmen.

Allerdings täuschen sich jene, die denken, mit der Inbetriebnahme eines Endlagers sei das Atommüllproblem gelöst. Denn Opalinuston verträgt keine Hitze über hundert Grad. Daher muss der frische und heisse radioaktive Müll auch künftig vier Jahrzehnte an der Oberfläche zwischengelagert werden, bis er abgekühlt in das Tiefenlager gebracht werden kann.

So stellt sich tatsächlich die Frage, ob man nicht endlich mit der Atomenergie aufhören und grossflächig und ernsthaft alternative Energiequellen erschliessen und fördern muss. Es ist trü-

gerisch zu glauben, dass es die viel zitierte endgültige Lösung tatsächlich gibt.

So wie sich schon heute am Bözberg Nutzungskonflikte zeigen, werden sich diese in unserer kleinräumigen Schweiz auch in den nächsten Jahrtausenden ständig stellen. Ob unsere Nachkommen im Untergrund nach Kalk, Gas oder anderen Rohstoffen suchen werden, kann heute niemand sagen. Und niemand kann garantieren, dass in vielen Hundert Jahren noch das Wissen und das Gefahrenbewusstsein vorhanden sein werden, um die Schichten über dem Endlager nicht zu verletzen. Ganz abgesehen von Naturkatastrophen oder feindlichen Angriffen.

Eine Lösung muss gefunden werden – und zwar bald. Denn die Zeit verrinnt langsam, aber unerbittlich. In zwölf Jahren schon soll das Tiefenlager in die Pilotphase gehen. Und diese Zeitspanne dauert bloss einen Wimpernschlag lang im Vergleich zu den Millionen Jahren, in denen hoch radioaktiver Abfall strahlt.

franziska.laur@baz.ch

# Geplantes Durchgangszentrum weckt Ängste

Arlesheim. Gemeinderat kämpft weiterhin um politische Mehrheiten, in der Bevölkerung dagegen brodelt es bereits

MICHEL ECKLIN

**Welche Vorteile das geplante Asyl-Durchgangszentrum im Tal habe, bekamen an einer Infoveranstaltung die zukünftigen Anwohner zu hören. Diese sahen aber vor allem die negativen Seiten.**

Hörte man an der Anwohnerinformation dem Arlesheimer Gemeinderat zu, konnte man glauben, das geplante kantonale Asyl-Durchgangszentrum im Arlesheimer Tal habe nur positive Seiten. So sagte Gemeinderätin Ursula Laager, mit dem kommunalen Heim am gleichen Standort habe die Gemeinde zwischen 1990 und 2005 gute Erfahrungen gemacht. Die Bewohner hätten noch keinen Asylentscheid und würden sich anständig benehmen, um sich zu bewahren, meinte Gemein-

präsident Karl-Heinz Zeller. Und Rudolf Schaffner, der Vorsteher des kantonalen Sozialamts, betonte, wie glücklich Arlesheim sein dürfe. «Es haben sich bereits zwei neidische Gemeindepräsidenten bei mir gemeldet, die auch ein kantonales Durchgangszentrum in ihrer Gemeinde haben möchten», sagte er.

**BEDENKEN.** Die knapp 40 Besucher des Infoabends zeigten sich weniger begeistert. «Sie sind ein guter Verkäufer», sagte ein junger Mann zu Zeller. «Aber glauben Sie nicht, dass Sie mit den Asylanten das Tal abwerten?» «Irgendwo muss das Heim ja stehen», entgegnete Zeller. Eine junge Frau glaubte nicht an die von Schaffner versprochene «Triple-win-Situation». Was sie

persönlich als Anwohnerin vom Zentrum habe, wollte sie wissen. Die Beherbergung von Asylbewerbern gehöre zur Aufgabe einer Gemeinde, ob mit einem kantonalen oder einem kommunalen Heim, antwortete Zeller.

Einige Anwohner anerkannten, dass das Zentrum der Gemeinde finanziell Nutzen bringe. Gleichzeitig wussten sie nicht so recht, wie begründet ihre Ängste vor dem Fremden waren. «Da kommen Leute von irgendwoher», sagte ein älterer Mann. «Werde ich meine Parterrefenster noch offen haben können?» Schaffner beruhigte. Im Gegensatz zum ehemaligen kommunalen Heim würden im neuen Zentrum nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Familien berherbergt. Aus anderen Gemein-

den wisse er: «Sobald die Asylbewerber ein Gesicht erhalten, verschwinden die Ängste.»

**KRIMINALITÄT.** Das nahmen ihm einige Bürger nicht ab. Beim Heim in Laufen seien Kugeldealer aufgetaucht, hiess es. «Diese Asylanten bringen uns nur Abfall, Lärm und Kriminalität», meinte eine Frau. Schaffner bestritt nicht, dass es rund um Asylunterkünfte Probleme gebe. «Wir können ja nicht voraussagen, wer alles kommen wird.» Aber gemäss Kantonspolizei seien Asylbewerber nicht krimineller als die übrige ausländische Bevölkerung.

Gemeindepräsident Zeller kündete eine Infoveranstaltung für die ganze Bevölkerung an, bevor die Vorlage vor die Ge-

meindeversammlung komme. Für «sensible Punkte» solle es eine Begleitgruppe geben, mit Vertretern aus Bevölkerung, Politik, Anwohnern, Sozialhilfe und Kanton. «Wir haben zum

Glück keinen Zeitdruck», sagte er. Die besorgten Anwohner wirklich beruhigen konnte er damit kaum. Den ganzen Abend lang äusserte sich keiner eindeutig für das Durchgangszentrum.

## Asylheim war von Anfang an geplant

**MACHBARKEITSSTUDIE.** An der Medienkonferenz über das geplante Asylbewerber-Durchgangszentrum konnte der Architekt Markus Wenger bereits Pläne und Zeichnungen des Gebäudes präsentieren. Wengers Büro hat den Wettbewerb für den am Heim angrenzenden Werkhof gewonnen. Lief das fair ab? Wussten die anderen Teilnehmer des Wettbewerbs vom geplanten Asylzentrum? «Ja, ein Asylheim war von Anfang an geplant, neu ist nur, dass es nun ein kantonales Durchgangszentrum sein soll», erklärt Arlesheims Gemeindepräsident Karl-Heinz Zeller. Die neuen Pläne seien erst Teil einer Machbarkeitsstudie. Es habe auf der Hand gelegen, dass Wettbewerbsgewinner Wenger diese Arbeiten ausführe. Das Projekt werde aber gegebenenfalls noch offiziell ausgeschrieben. spe